

Policy Brief Nr. 1

CCC-Bevölkerungsumfrage

Krisenprävention in der Schweiz

Die vorliegende Umfrage zeigt, wie die Schweizer Bevölkerung Risiken zukünftiger Krisen einschätzt, wie gut sie vorbereitet ist und welche Erwartungen sie an Politik und Behörden richtet. Daraus lassen sich konkrete Hinweise für die Ausgestaltung der Krisenprävention und Massnahmen während akuter Krisen ableiten.

Zentrale Studienergebnisse im Überblick

- Die Schweizer Bevölkerung hält die Wahrscheinlichkeit für eher hoch, dass zukünftige globale Krisen die Schweiz direkt betreffen.
- Die individuelle Vorbereitung auf Krisen in der Schweiz ist ausbaufähig. Es besteht eine deutliche Lücke zwischen Wissen und Handeln. Vulnerabel sind vor allem Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und geringerem Einkommen, jüngere Altersgruppen, Alleinerziehende und Ausländer:innen. In der deutschsprachigen Schweiz sind Massnahmen der Krisenprävention stärker verankert als in der italienischsprachigen oder französischsprachigen Schweiz.
- Die Schweizer Bevölkerung erwartet aktive Massnahmen der Krisenprävention von der Politik. Dabei sollen verschiedene Ziele abgewogen werden, die Sicherheit kommt für die Bevölkerung aber an erster Stelle.
- Im Durchschnitt akzeptiert die Bevölkerung in Krisensituationen Bürgerrechtseingriffe, wenn es um den Schutz von Menschenleben geht.

Editorial

Wir leben in einer Zeit grosser Unsicherheit. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, Pandemien, kriegerische Konflikte, Terrorismus oder die Risiken neuer Technologien führen zu Krisen in verschiedenen Weltregionen und sind Gegenstand aktueller gesellschaftlicher und politischer Debatten. Auch wenn sich Art und Ausmass künftiger Krisen nur begrenzt vorher-sagen lassen, könnten solche globalen Herausforderungen die Schweiz in den kommenden Jahren direkt oder indirekt betreffen. Die CCC-Bevölkerungsumfrage zeigt auf, wie die Schweizer Bevölkerung mögliche Krisenszenarien wahrnimmt, wie gut sie auf solche Ereignisse vorbereitet ist und welche Erwartungen sie an staatliche Krisenvorsorge und Präventionsmassnahmen richtet.

Hintergrund zum Studiendesign

Die CCC-Bevölkerungsbefragung wurde zwischen dem **31. März und dem 27. April 2026** mit insgesamt 4,057 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Die Stichprobe ist **repräsentativ** für die Schweizer Bevölkerung in Bezug auf die Sprachregion, das Geschlecht und das Alter der Befragten. Zudem gewichten wir die Ergebnisse nach den Parteipräferenzen der Befragten.

Wir verwenden innovative experimentelle Methoden, unter anderem Survey Experimente und List Experimente.

Das CCC

Das UZH Zentrum für Krisenkompetenz erforscht die Ursachen, Verläufe und Konsequenzen von Krisen und den Erfolg von Lösungsansätzen. Dies tut es interdisziplinär mit Forschenden aller sieben Fakultäten der Universität Zürich und transdisziplinär mit Staat und Politik. Die Bevölkerungsumfrage ist Teil des CCC-Theorie-Praxis Projekts «Agora – Städtische Krisenkompetenz».

Editorial	2
Fragen 1–4	3
Handlungsempfehlungen	8
Anhang	9

Frage 1

Für wie wahrscheinlich hält die Bevölkerung die Gefahr, dass globale Krisen die Schweiz in Zukunft betreffen?

Die CCC-Bevölkerungsbefragung zeigt, dass die Schweizer Bevölkerung zukünftige Krisen im Durchschnitt für eher wahrscheinlich hält. Abbildung 1 zeigt auf einer Skala von 0 (nicht wahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich), wie hoch die Befragten die Wahrscheinlichkeit halten, dass verschiedene Arten von Krisen die Schweiz in den nächsten Jahren direkt betreffen und einen Krisenfall in der Schweiz auslösen wird. Die durchschnittliche Einschätzung liegt bei 6.3 (eher wahrscheinlich). Während alle Krisen als eher wahrscheinlich betrachtet werden, sehen die

Befragten Pandemien und hybride Angriffe als am wahrscheinlichsten, gefolgt von Naturgefahren, Krisen durch KI & Technologien. Terrorismus wird in der Schweiz als am wenigsten wahrscheinlich beurteilt. Dabei gibt es grosse Unterschiede in der Einschätzung: insbesondere ältere Befragte, Personen mit höherem Bildungsniveau und Paare ohne Kinder halten zukünftige Krisen in der Schweiz für eher wahrscheinlich (für die detaillierten Auswertungen siehe Anhang Teil I).

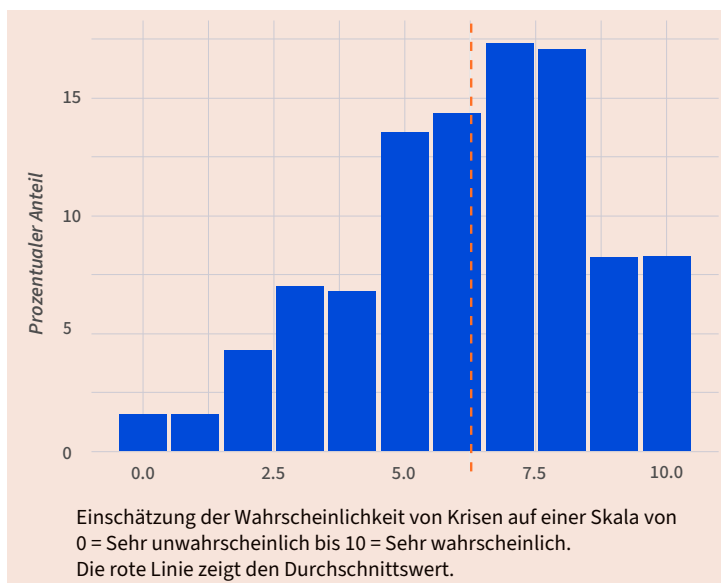
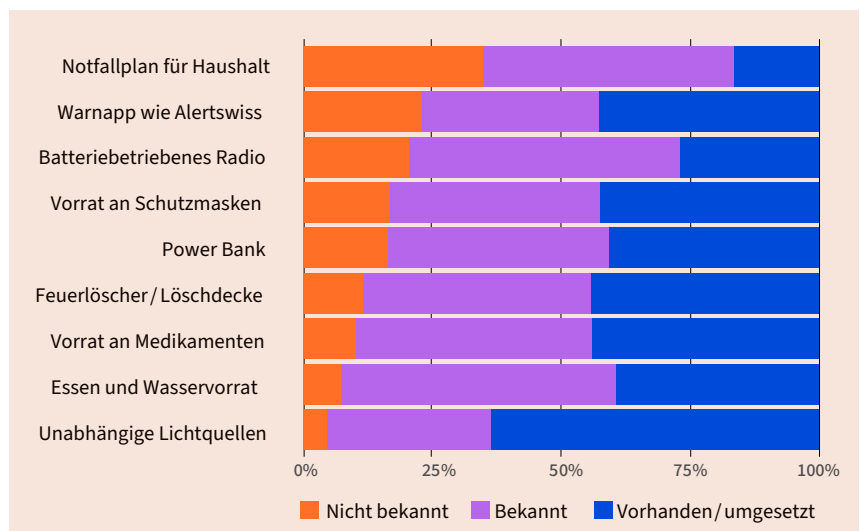


Abbildung 1: Wahrgenommene Wahrscheinlichkeit von Krisen

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung zukünftige Krisen als realistisches Risiko wahrnimmt.

Abbildung 2: Bekanntheit und Umsetzung verschiedener Krisenpräventionsmassnahmen



Frage 2

Wie gut ist die Schweizer Bevölkerung auf Krisen vorbereitet?

Wie gut sind verschiedene Krisenpräventionsmassnahmen bekannt, und wie stark werden sie in der Schweiz umgesetzt? Abbildung 2 zeigt, dass viele Krisenpräventionsmassnahmen der Schweizer Bevölkerung zwar bekannt sind, im eigenen Haushalt jedoch häufig nicht umgesetzt werden. Dabei bestehen deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Massnahmen: Unabhängige Lichtquellen sind in den meisten Haushalten vorhanden, während nur eine Minderheit über Notvorräte an Essen und Wasser sowie ein batteriebetriebenes Radio verfügt. Ein Notfallplan existiert in weniger als einem Fünftel der Haushalte.

Die Ergebnisse unterscheiden sich deutlich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Abbildung 3).

Besonders Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und geringerem Einkommen, schwächerer sozialer Einbindung, Alleinerziehende, jüngere Altersgruppen sowie Ausländer kennen weniger Krisenpräventionsmassnahmen und setzen diese seltener um. Zudem bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen der Schweiz: In der deutschsprachigen Schweiz sind Massnahmen der Krisenprävention stärker verankert als in der italienischsprachigen oder französischsprachigen Schweiz.

Kriseninformiertheit

Die CCC-Bevölkerungsumfrage zeigt, dass die Schweizer Bevölkerung insgesamt eher zuversichtlich ist, im Krisenfall verlässliche Informationen zu finden

Abbildung 3: Bekanntheit und Umsetzung von Krisenpräventionsmassnahmen nach Bevölkerungsgruppen



(Abbildung 4). Die durchschnittliche Zustimmung zur Aussage «In einer Krise weiss ich, wo ich mich informieren kann» liegt bei 6,8 auf einer Skala von 0 bis 10. Gleichzeitig bestehen deutliche Unterschiede: Während sich viele gut vorbereitet fühlen, trauen sich andere deutlich weniger zu, im Krisenfall die richtigen Informationen zu finden.

Auch hier bestehen klare Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen (Abbildung 5). Jüngere Personen, Menschen mit geringerem Einkommen,

schwächerer sozialer Einbindung sowie Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft sind im Durchschnitt weniger zuversichtlich, im Krisenfall verlässliche Informationen zu finden. Zudem ist die Zustimmung in der Deutschschweiz erneut höher als in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Es zeigt sich also, dass Personengruppen, die weniger Präventionsmassnahmen im eigenen Haushalt umgesetzt haben, oft auch weniger informiert sind, wo sie sich in akuten Krisensituationen informieren können.

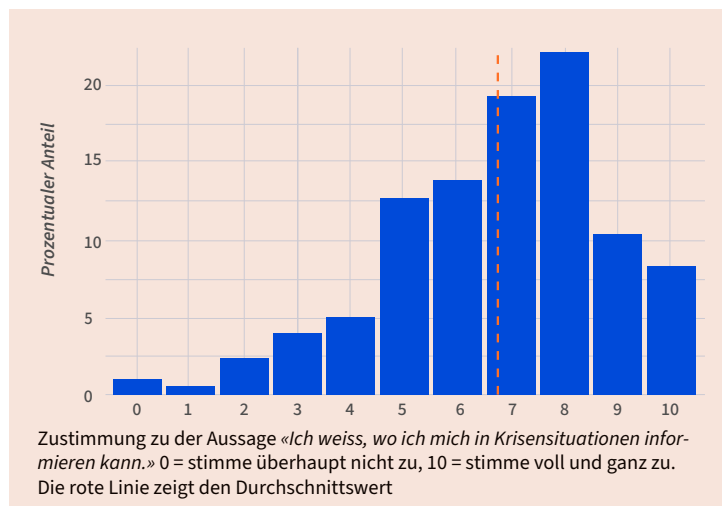


Abbildung 4: Zugang zu Informationen in Krisen

Besonders gefährdet sind Bevölkerungsgruppen mit geringerem Einkommen, niedrigerem Bildungsniveau sowie jüngere Personen.

Abbildung 5: Informationszugang in Krisen nach Bevölkerungsgruppen



Frage 3

Welche Erwartungen hat die Schweizer Bevölkerung an die Politik bei der Prävention von Krisen?

In der CCC-Bevölkerungsumfrage spricht sich eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung für aktive staatliche Krisenpräventionsmassnahmen aus (Abbildung 6). Dies gilt sowohl für Präventionsmassnahmen im Hinblick auf globale Krisen als auch für Hitzeschutzmassnahmen, die angesichts zunehmender Hitzewellen von besonderem Interesse sind. Die linke Grafik in Abbildung 6 zeigt, dass die Zustimmung zu staatlichen Präventionsmassnahmen mit einem Durchschnittswert von 7 auf einer Skala von 0 («stimme überhaupt nicht zu») bis 10 («stimme voll und ganz zu») hoch ist. Auch gezielte staatliche Eingriffe in akuten Krisensituationen finden breite Unterstützung. Die rechte Grafik in Abbildung 6 zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung verpflichtende Hitzeschutzmassnahmen zum Schutz der Gesundheit eher befürwortet (Durchschnitt: 6,4).

Bemerkenswert ist zudem, dass die Unterstützung auch dann relativ hoch bleibt, wenn mögliche Kosten solcher staatlicher Eingriffe explizit hervorgehoben werden. Wir haben zufallsbasiert für jeweils ein Drittel der Befragten entweder ökonomische Kosten solcher staatlicher Massnahmen oder mögliche Eingriffe in individuelle Freiheits- und Bürgerrechte in einem Zusatztext hervorgeben. Der Vorteil dieses zufallsbasierten Vorgehens liegt darin, dass wir Unterschiede in der Zustimmung direkt auf den

jeweiligen Zusatztext zurückführen können und nicht auf Unterschiede zwischen den befragten Personen. Die Ergebnisse in Abbildung 7 zeigen, dass durch die Betonung von wirtschaftlichen Kosten und möglichen Bürgerrechtseingriffen die Unterstützung der staatlichen Krisenpräventionsmassnahmen leicht sinkt, insgesamt aber auf einem hohen Niveau bleibt. Die Grafiken im Anhang II zeigen zudem, wie stark verschiedene Bevölkerungsgruppen auf die Kosten von Krisenpräventionsmassnahmen reagieren.

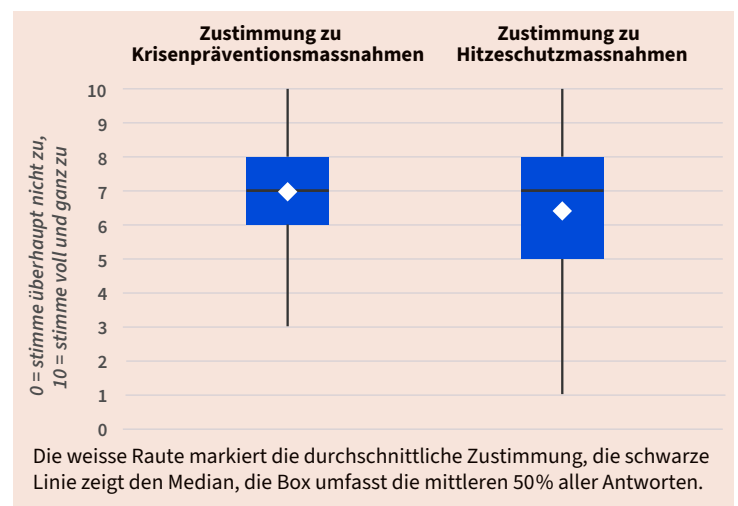


Abbildung 6:
Durchschnittliche
Zustimmung zu
staatlicher
Krisenprävention

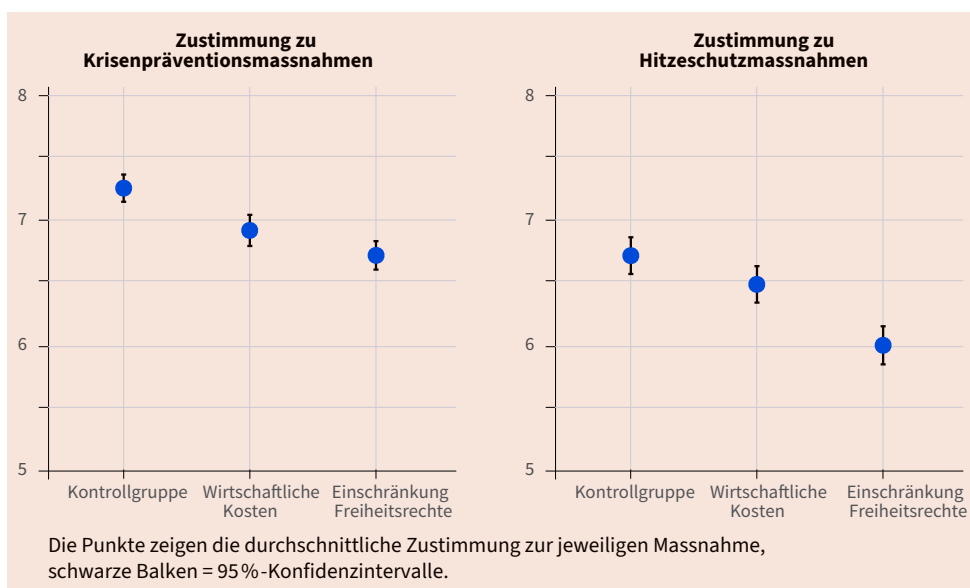


Abbildung 7:
Durchschnittliche
Zustimmung zur
Krisenprävention und
zum Hitzeschutz,
wenn keine,
wirtschaftliche oder
freiheitsbezogene
Kosten dieser
Massnahmen erwähnt
werden

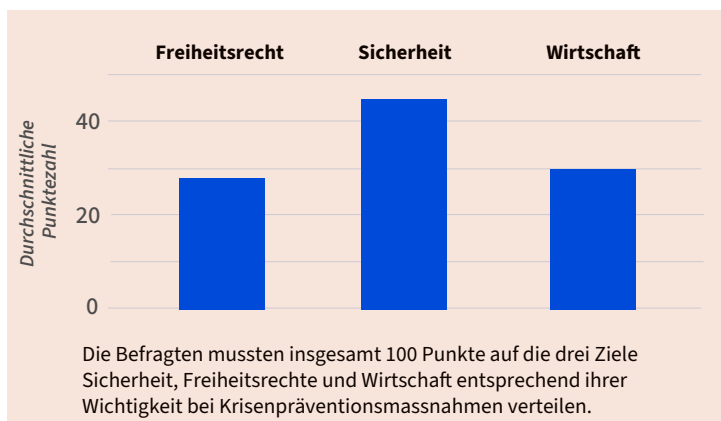
Frage 4

Wie sollen gesellschaftliche Güter in Krisensituationen miteinander abgewogen werden?

In Krisensituationen kann es zu schwierigen Zielkonflikten kommen, zum Beispiel wenn zum Schutz der Allgemeinheit Freiheitsrechte Einzelner eingeschränkt werden oder wirtschaftliche Kosten durch staatliche Eingriffe entstehen. Zur Gewichtung von Zielkonflikten in der Krisenprävention wurden die Befragten in der CCC-Bevölkerungsumfrage gebeten, 100 Punkte auf die Ziele «Schutz der Sicherheit der Bevölkerung», «Sicherung wirtschaftlicher Stabilität» und «Schutz individueller Freiheitsrechte» zu verteilen. Je mehr Punkte ein Ziel erhielt, desto höher wurde dessen Bedeutung eingeschätzt. Die Ergebnisse in Abbildung 8 zeigen, dass bei einer Güterabwägung im Hinblick auf

Die Ergebnisse zeigen, dass politische Entscheide zur Krisenvorsorge auf eine breite gesellschaftliche Legitimation zählen können, sofern sie dem Schutz der Bevölkerung dienen.

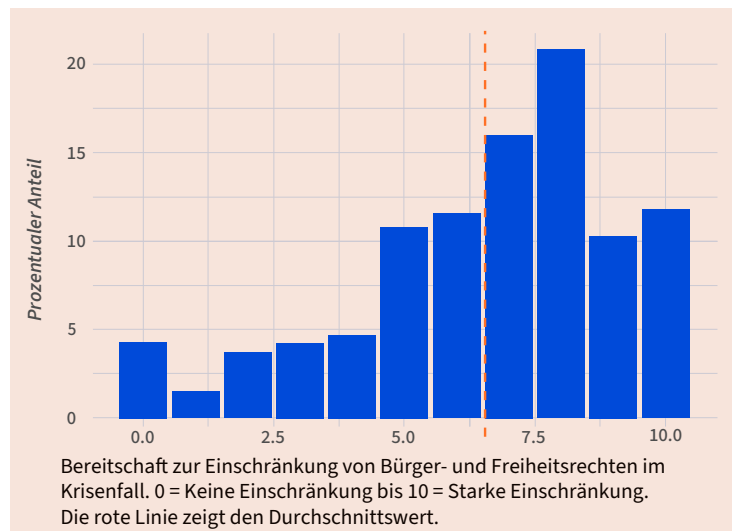
Abbildung 8: Priorisierung verschiedener Ziele bei der Krisenprävention



Krisenpräventionsmassnahmen die Sicherheit als am wichtigsten beurteilt wurde, deutlich vor der wirtschaftlichen Stabilität und dem Schutz individueller Freiheitsrechte. Das heisst, der Schutz der Sicherheit der Bevölkerung in Anbetracht möglicher Krisen kommt für die Schweizer Bevölkerung an erster Stelle.

Diese prinzipielle Priorisierung der Sicherheit zeigt sich auch in der durchschnittlich eher hohen Bereitschaft in der Schweizer Bevölkerung, Bürgerrechtseinschränkungen im akuten Krisenfall zu akzeptieren. Wie aus Abbildung 9 hervorgeht, ist die durchschnittliche Zustimmung zu Bürgerrechtseingriffen im akuten Krisenfall in der Schweizer Bevölkerung eher hoch, es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede in der Bevölkerung. Anhang III beleuchtet diese Unterschiede je nach unterschiedlichen Krisentypen und Bevölkerungsgruppen und zeigt, dass die Akzeptanz von Bürgerrechtseinschränkungen in Krisen unter anderem höher ausgeprägt ist bei der städtischen Bevölkerung und bei älteren Altersgruppen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Schweizer Bevölkerung in Krisen grundsätzlich zu Kompromissen bereit ist zum Wohle der Sicherheit der Allgemeinheit.

Abbildung 9: Bereitschaft zu Bürgerrechtseinschränkungen in akuten Krisen



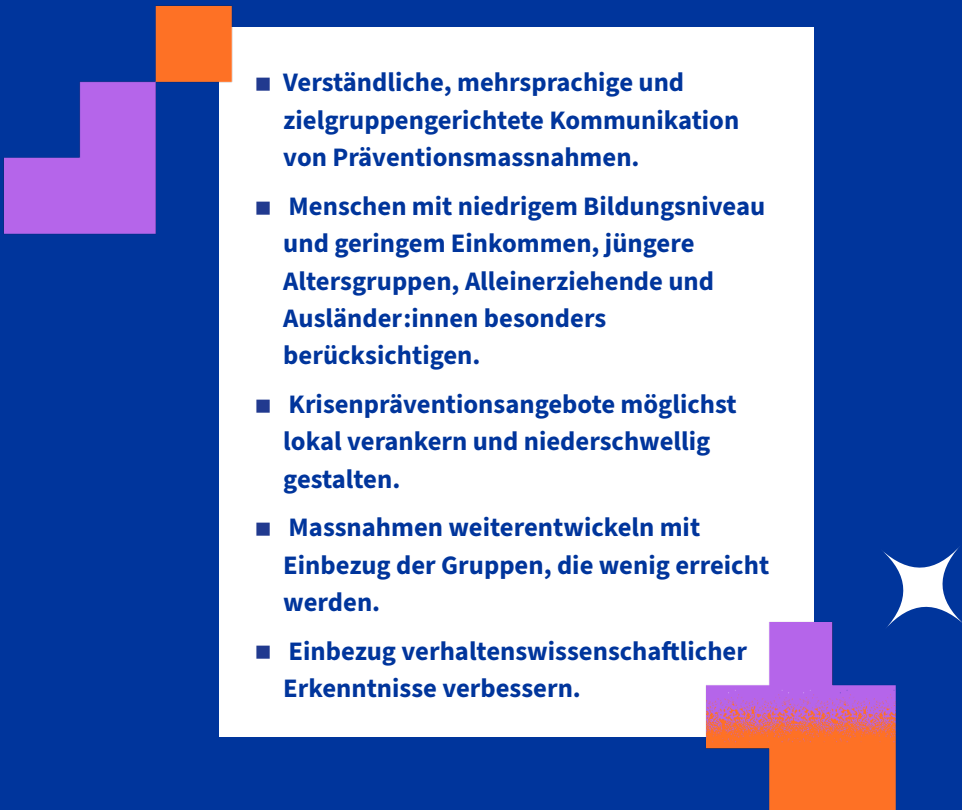
Handlungsempfehlungen an politische Entscheidungsträger:innen

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der CCC-Bevölkerungsumfrage, dass die Schweizer Bevölkerung globale Krisen als reale Bedrohung wahrnimmt und von Politik und Behörden ein aktives Engagement in der Krisenprävention erwartet. Gleichzeitig besteht eine deutliche Lücke zwischen der Kenntnis von Vorsorgemassnahmen und deren eigenverantwortlicher Umsetzung.

Sozial und strukturell benachteiligte Bevölkerungsgruppen zeigen besondere Defizite, so dass hier eine gezielte Unterstützung besonders vielversprechend erscheint. Mögliche Strategien in diesem Bereich sind klare Rahmenbedingungen sowie eine verständliche, mehrsprachige und zielgruppengerechte Kommunikation, die insbesondere auch Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und geringerem Einkommen, jüngere Altersgruppen, Alleinerziehende und Ausländer:innen erreicht. Neben einer zielgruppengerechten Kommunikation ist auch eine Weiterentwicklung oder Anpassung von

Krisenpräventionsmassnahmen, gemeinsam mit den Gruppen, die bisher am wenigsten vorbereitet sind, relevant. Da eine grosse Vorsorgelücke zwischen Wissen und Handeln besteht, bietet sich ausserdem an, verhaltenswissenschaftliche Erkenntnisse vermehrt zu berücksichtigen.

Städte und Gemeinden können nationale Strategien mit lokalen Präventionsangeboten, niederschwelligen Informations- und Unterstützungsangeboten sowie einer gezielten Ansprache vulnerabler Gruppen unterstützen. Die CCC-Bevölkerungsumfrage legt nahe, dass die Bevölkerung dem Schutz von Menschenleben hohe Priorität einräumt und in Krisensituationen auch einschneidende Massnahmen grundsätzlich mitträgt. Dies gibt Spielraum für politische Entscheidungen, die das Risiko von Krisen in der Schweiz verringern und die Vorsorge und Handlungsfähigkeit von Staat und Bevölkerung langfristig stärken.

- 
- **Verständliche, mehrsprachige und zielgruppengerichtete Kommunikation von Präventionsmassnahmen.**
 - **Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen, jüngere Altersgruppen, Alleinerziehende und Ausländer:innen besonders berücksichtigen.**
 - **Krisenpräventionsangebote möglichst lokal verankern und niederschwellig gestalten.**
 - **Massnahmen weiterentwickeln mit Einbezug der Gruppen, die wenig erreicht werden.**
 - **Einbezug verhaltenswissenschaftlicher Erkenntnisse verbessern.**

Anhang I

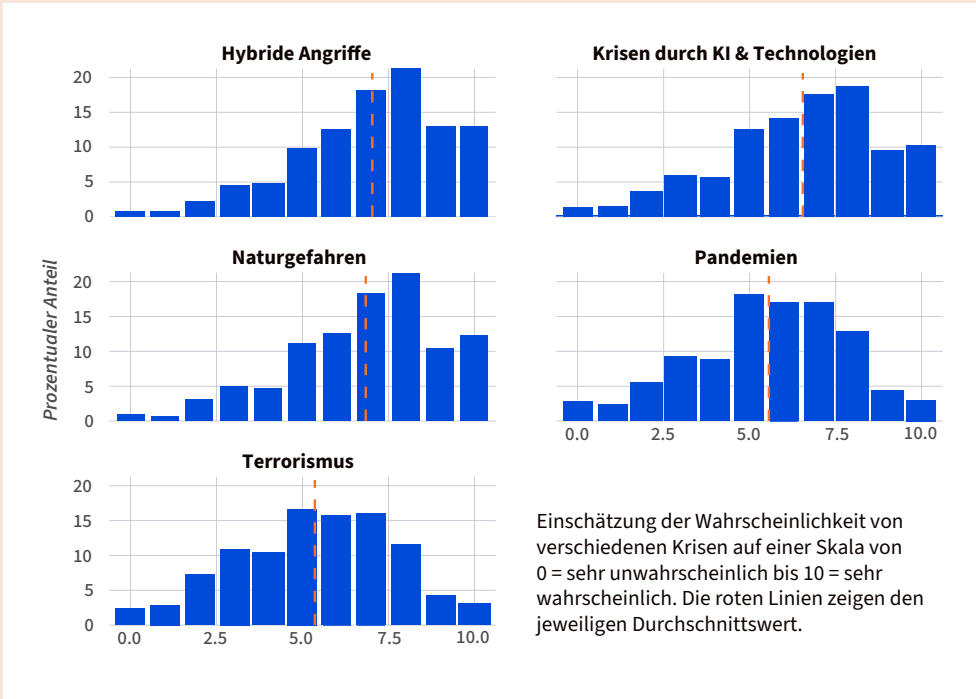


Abbildung A1:
Wahrgenommene Krisenwahrscheinlichkeit nach Krisentypen

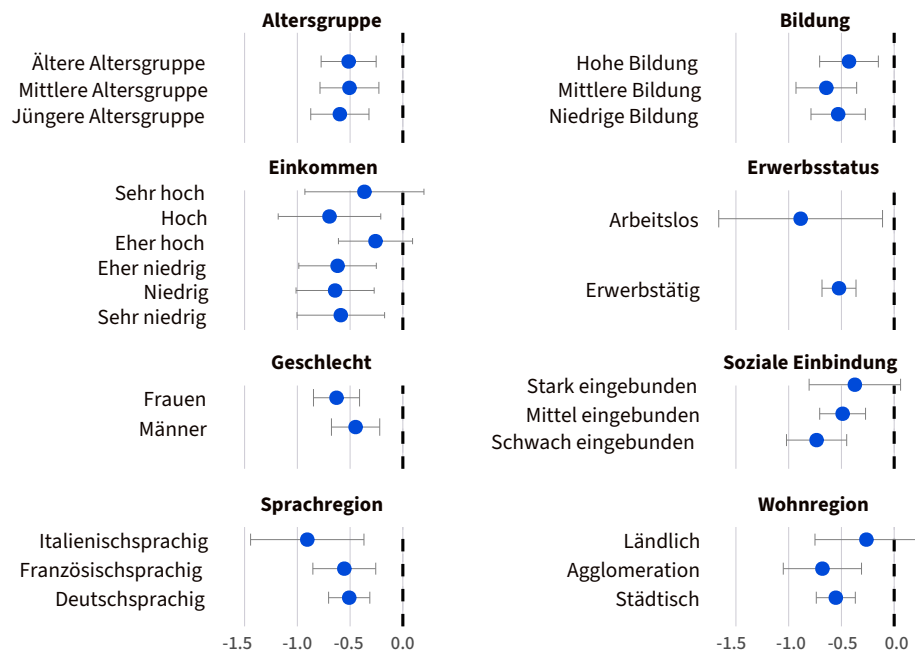
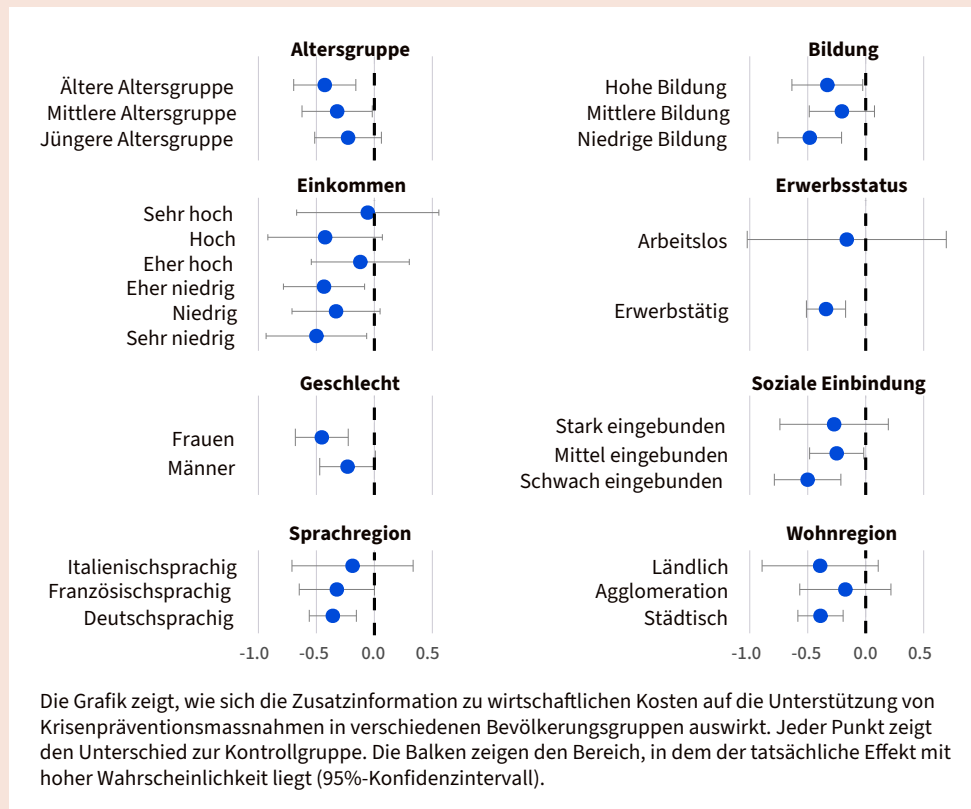
Abbildung A2:
Wahrgenommene Krisenwahrscheinlichkeit nach Bevölkerungsgruppen



Anhang II

Abbildung A3:

Einfluss von wirtschaftlichen Kosten auf die Zustimmung zur Krisenprävention nach Bevölkerungsgruppen



Die Grafik zeigt, wie sich die Zusatzinformation zu Eingriffen in Bürgerrechte auf die Unterstützung von Krisenpräventionsmassnahmen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen auswirkt. Jeder Punkt zeigt den Unterschied zur Kontrollgruppe. Die Balken zeigen den Bereich, in dem der tatsächliche Effekt mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt (95%-Konfidenzintervall).

Abbildung A4: Einfluss von Einschränkungen von Bürgerrechten auf die Zustimmung zur Krisenprävention nach Bevölkerungsgruppen

Anhang III

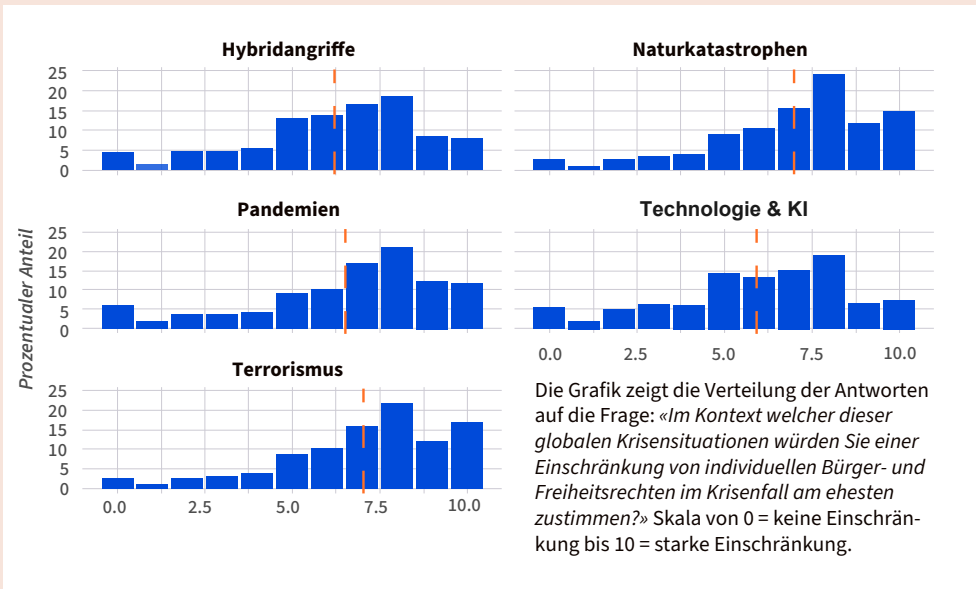


Abbildung A5:
Bereitschaft zu
Bürgerrechtsein-
schränkungen nach
Krisentypen

Abbildung A6:
Bereitschaft zu
Bürgerrechtsein-
schränkungen in
Krisen nach
Bevölkerungs-
gruppen



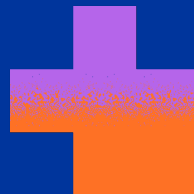
Impressum

Studienautor:innen: Dr. Christoph Valentin Steinert,
Prof. Stefanie Walter, Medea Fux

Datum der Veröffentlichung: 25. September 2026
Copyright: 2026, Zentrum für Krisenkompetenz
der Universität Zürich

Kontaktadressen: christoph.steinert@ipz.uzh.ch,
medea.fux@df.uzh.ch, walter@ipz.uzh.ch,
office@ccc.uzh.ch

Zusätzliche Analysen: Die erhobenen Umfragedaten ermöglichen weitere Auswertungen, die über diesen Policy Brief hinausgehen. So lassen sich beispielsweise Effekte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen vergleichen oder Zusammenhänge mit zusätzlichen Merkmalen wie Vertrauen in die Politik oder Risikoaversion untersuchen. Bei Interesse kontaktieren Sie gerne die Studienautor:innen, wir stellen Ihnen den vollständigen anonymisierten Datensatz zur Verfügung.



Danksagung

Die Studie wurde vom Zentrum für Krisenkompetenz (CCC) der Universität Zürich durchgeführt und ist Teil des Projekts «Agora – Städtische Krisenkompetenz», ein gemeinsames Projekt vom CCC und der Stadt Zürich. Wir bedanken uns herzlich für die grosszügige Förderung der Stiftung Mercator Schweiz. Wir bedanken uns zudem für den wertvollen Input und Feedback von verschiedenen städtischen Ämtern, dem BABS und der Stiftung Risiko Dialog.